

Superintendentur KK Jülich . Schirmerstr. 1a . 52428 Jülich

An das Präsidium des  
Deutschen Evangelischen Kirchentages  
Magdeburger Str. 59  
36037 Fulda

Ansprechpartnerin:

Susanne Turobin  
Schirmerstraße 1a  
52428 Jülich

Telefon: 02461/9748-11

Fax: 02461/9748-911

susanne.turobin@ekir.de

superintendentur.juelich@ekir.de

www.kkrjuelich.de

**Tagebuch-Nr. 409 /2021**

Jülich, den 26. Oktober 2021

## **Offener Brief – Wahl von Thomas de Maizière zum Präsidenten des Evangelischen Kirchentages**

Sehr geehrte Damen und Herren,

fassungslos und mit großem Unverständnis reagiert der Kreissynodalvorstand des Kirchenkreises Jülich auf dem Gebiet der Evangelischen Kirche im Rheinland auf die Mitteilung, dass der ehemalige Innenminister Thomas de Maizière zum Präsidenten des Evangelischen Kirchentages gewählt wurde. Diese Entscheidung stößt bei uns, die wir uns seit Jahrzehnten für Geflüchtete bei uns im Land und weltweit, insbesondere für Flüchtlinge, die in Marokko an der EU-Außengrenze stranden, engagieren, auf großen Widerstand.

Wie wirksam und überzeugend sollen jetzt noch die vielen Erklärungen unserer Kirche zu Gunsten von Flüchtlingen, der Unterstützung der Seenotrettung und Lebensrettungsmaßnahmen im Mittelmeer, der Stellungnahmen zu der menschenrechtsverletzenden Politik Europas, der Kritik an den stetig sich verschärfenden Asylrechtsbestimmungen auch in Deutschland sein, wenn gleichzeitig ein für diese Verschärfungen maßgeblich Verantwortlicher, in seiner Zeit als Innenminister, jetzt zum Sprecher der Kirchentagsbewegung, die Millionen von engagierter Christinnen und Christen vertritt, gewählt wurde?

Wie glaubwürdig will in dieser Situation die gerade erschienene Publikation: »Migration menschenwürdig gestalten« sein, die die Deutsche Bischofskonferenz und die EKD gemeinsam herausgegeben haben?

Als Kirchenkreis Jülich, der sich aus christlicher Überzeugung auch im Kirchenasyl engagiert und jedes Jahr bis zu 40 Unterbringungen im Kirchenasyl bereitstellen muss, um Geflüchtete in ihrem Bemühen zu unterstützen, ein faires Asylverfahren in einem entsprechenden Rechtsstaat führen zu können, erinnern wir an die vielen Maßnahmen zu Ungunsten von Menschen auf der Flucht, die in seinen Verantwortungsbereich als Innenminister fallen:

- Er war als Innenminister dafür verantwortlich, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weder personell noch organisatorisch in der Lage war, in einem angemessenen Zeitrahmen Asylanträge zu bearbeiten.
- Er trat dafür ein, Flüchtlinge in die Misere nach Griechenland abzuschieben.
- Er war als Innenminister dafür verantwortlich, dass der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt wurde, und danach nur 1.000 Personen pro Monat nachziehen konnten.
- Er war als Innenminister dafür verantwortlich, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen nur noch Taschengeld gezahlt wurde; der Rest musste Sachbezug sein.
- Er war dafür verantwortlich, dass die Bezüge für Flüchtlinge bei Weigerung der freiwilligen Ausreise erheblich gekürzt wurden und nur noch als Sachleistungen erfolgten.
- Er war als Innenminister dafür verantwortlich, dass Abschiebungen nicht mehr angekündigt wurden.
- Er war dafür verantwortlich, dass Flüchtlinge aus den Balkanstaaten die ersten sechs Monate in den Ersteinrichtungen leben mussten.
- Er war als Innenminister dafür verantwortlich, dass Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Albanien und Kosovo zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden, obwohl die Lebensumstände dort katastrophal und für rückkehrende Flüchtlinge menschenunwürdig bis lebensbedrohlich waren.
- 2016 hat er die Abschiebungen nach Afghanistan wieder aufgenommen. Abschiebungen dorthin sind für die Evangelische Kirche bis heute unverantwortlich.
- Er hat das Dublin-System brutal ausgenutzt und Menschen nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien abgeschoben, obwohl ihm bekannt gewesen sein muss, dass sie dort entweder in Gefängnissen oder Prügellagern endeten.
- Auf seine Veranlassung hin wurden die Anerkennungsquoten für Geflüchtete beim BAMF drastisch nach unten gesenkt.

Haben die Verantwortlichen des Kirchentages vergessen, wie massiv und polemisch er gegen die Kirchen vorgegangen ist, indem er in der Frage des Kirchenasyls seine Kirche bezichtigt hat, analog der Scharia zu agieren? Was er nur deshalb zurückgenommen hat, weil der öffentliche Druck zu groß wurde. Alle die, die sich ehren- oder hauptamtlich für Kirchenasyl engagieren, hat er missachtet und ihre Arbeit zu erschweren versucht.

Wir fragen uns, ob mit seiner Wahl eine Wende in dem bisherigen kirchlichen Engagement für Flüchtlinge und ihre Rechte begonnen werden könnte, wenn er seine Haltung über seine Position als Präsident des Evangelischen Kirchentages prominent weitervertreten könnte?

Wir fordern das Präsidium des Evangelischen Kirchentages auf, seine Entscheidung zu überdenken und zurückzunehmen und an die Spitze der größten evangelischen Laienbewegung wieder eine Persönlichkeit zu wählen, die überzeugend und inspirierend, mutmachend und hoffnungsvoll die befreiende Botschaft des Evangeliums, die allen Menschen uneingeschränkt gilt, vertreten kann.

Für den Kreissynodalvorstand des Kirchenkreis Jülich

  
Superintendent Pfarrer Jens Sannig

